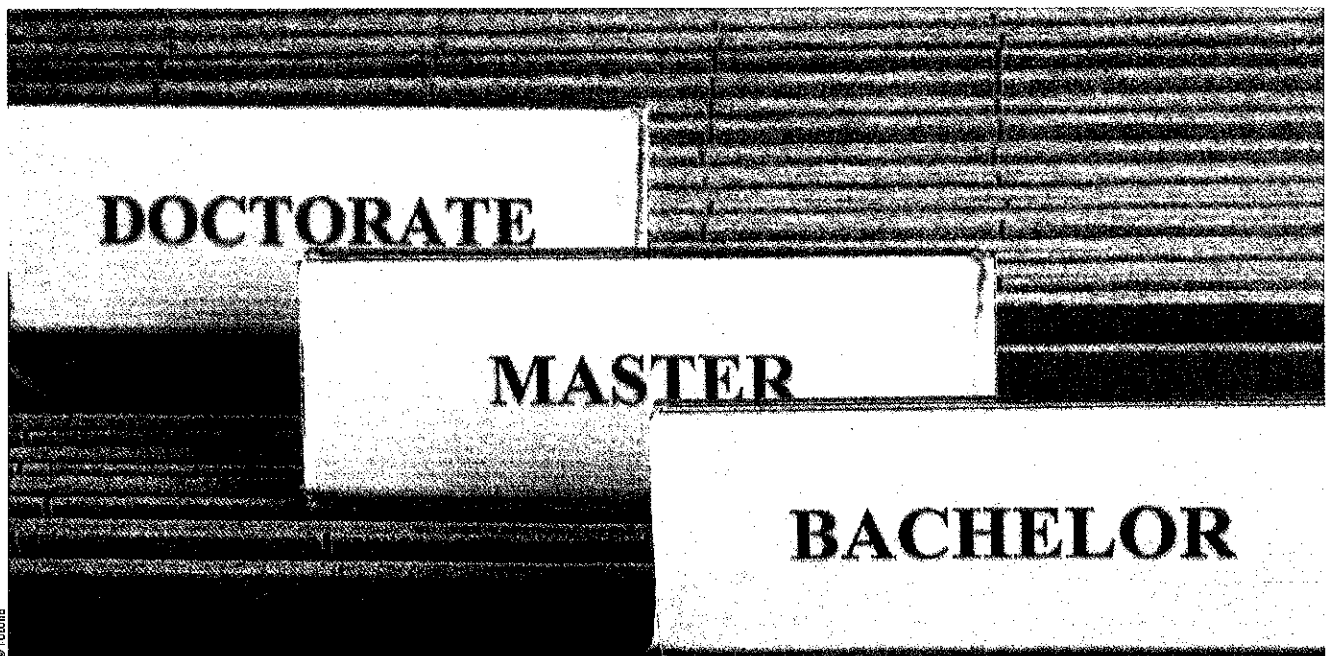


Eigentlich war das Ende seit Jahren abzusehen gewesen. Dennoch fühlen sich 32 – nun ehemalige – Studenten der Universität zu Köln überrumpelt, als sie den Briefkasten öffnen und dort den endgültigen Exmatrikulationsbescheid vorfinden. Sauerei oder bitter nötig? Wir haben mit beiden Seiten gesprochen.

## ... und raus bist Du!



Gestern noch studiert, heute zwangsexmatrikuliert. So geschehen an der Universität zu Köln.

Lange Zeit gab es so viele Probleme mit der Umstellung, Gestaltung und Akkreditierung der neuen, Bologna-gerechten, Bachelor- und Masterstudiengänge, dass die, obgleich abnehmend, noch immer vorhandenen Diplom- und Magisterstudenten kaum Beachtung fanden. Das Problem wird sich doch wohl zeitnah von selbst lösen – mag man vielerorts wohl gedacht und gehofft haben. Man beschloss Auslaufordnungen mit bestimmten Fristen. Deutschlandweit einheitlich? Weit gefehlt. Noch nicht einmal an ein und der selben Hochschule finden sich für alle Studiengänge oder zumindest für jede Fakultät einheitliche Standards. Das hätte man besser machen können.

Jetzt sind sie also da, die ersten strittigen Problemfälle nach Zwangsexmatrikulationen. Die Universität zu Köln hat den Anfang gemacht. Nachdem man alle anderen Möglichkeiten ausgeschöpft hatte, so Patrick Honecker, Pressesprecher der Universität (siehe Interview, rechte Seite), konnte man doch eigentlich gar

nicht anders handeln. Obwohl dergleichen an den meisten Hochschulen noch nicht erfolgt ist, steht angesichts der hohen Zahl der „Alt-Studenten“, zu befürchten, dass sich über Kurz oder Lang die Fälle häufen werden. Solche wie der des in den Medien zitierten Jan Weber, der, wegen Engagement in der AstA der Kölner Hochschule, so sagt er, in Semester Nummer 16 – kurz vor dem Vordiplom – die sprichwörtliche Tür vor der Nase zugeschlagen bekommen hat. Dabei hatte er sich auf die Klausel zu den Härtefallregelungen verlassen.

### Formfehler?

Juristisch einwandfrei sei das Vorgehen der Universität, verkündete das Bildungsministerium. Das sieht der Kölner Rechtsanwalt Christian Birnbaum, der mehrere der Betroffenen betreut, anders: „In einem Fall geht es um eine Härtefallregelung. Mein Mandant war bildungspolitischer Referent, was natürlich viel Studienzeiten kostet – die Exmatrikulation würde quasi eine Strafe für sein Engage-

ment bedeuten. Hierüber kann man mit guten Argumenten trefflich streiten.“ Natürlich ist das ein Sonderfall und längst nicht alle 32 waren hochschulpolitisch engagiert, wie im Fall eines Physikstudenten. Allerdings ist es entscheidend, dass die Regelungen der Hochschulen und Universitäten formell und materiell rechtmäßig beschlossen werden. Birnbaum glaubt, dass das in Köln nicht zutrifft, denn er geht davon aus, dass das falsche Gremium die Auslaufordnung für den Diplomstudiengang Physik beschlossen hat. Das würde einen Formfehler bedeuten und könnte damit ein Rückfahrchein für den Betroffenen sein. Der Anwalt meint jedenfalls: „Die Chancen stehen insgesamt gar nicht schlecht. Denn einen Formfehler, den findet man fast immer ...“

### Der menschliche Standpunkt

Selbst die Härtefallklauseln sind den Studentenvertretern aber nicht weitreichend genug. Katharina Sass, zweite AstA-Vorsitzende in Köln ist empört:



© imagebase.davidblack.com

Für die 32 zwangsexmatrikulierten Studierenden aus Köln gilt: Eintritt zur Alma Mater verwehrt

„Die sehr restriktiven Härtefallklauseln haben mehrere hundert Studierende genötigt, in den Bachelor zu wechseln, völlig unabhängig davon, wie weit sie noch vom Magisterabschluss entfernt waren.“ Der Vorsitzende, Jonas Thiele, ist enttäuscht. Er betrachtet die Zwangsexmatrikulation als politisches Mittel, um die Umstellung der Studiengänge abzuschließen. Man solle den Betroffenen lieber helfen, aber „ein technokratischer Umgang mit menschlichen Schicksalen, eine ungenügende personelle Ausstattung der Verwaltung und eine Orientierung an studierendenfreundlichen Gesetzen verhindern jedoch, dass an der Uni die Menschen in den Fokus gestellt werden.“

Nicht besonders zuträglich für die aufgeladene Grundstimmung ist es dann wohl auch, wenn der bildungspolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Albert Rupprecht verkündet, wer einen Studienplatz blockiere „um sich mit Gleichgesinnten in muffigen Gremien treffen oder einfach nur billig Bus fahren zu können“, der habe es nicht anders verdient. Kein Wunder also, dass die Diskussion um gerade einmal 32 Langzeitstudenten zu einer grundsätzlichen Auseinandersetzung mit dem Bologna-Prozess gerät. Angesichts der vielen bundesweit noch vorhandenen „alten“ Studiengänge darf man also gespannt sein, wie die Gerichte entscheiden und welche Maßstäbe die anderen Hochschulen in naher Zukunft anlegen werden. Denn Zeit und Geld für wirklich jeden Einzelfall ist wohl kaum hinreichend vorhanden.

Interview mit Patrick Honecker, Sprecher Universität zu Köln

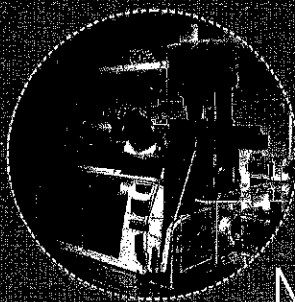
**Ihre Universität hat 32 Studierende zwangsexmatrikuliert. Haben Sie mit soviel Aufregung gerechnet?**

Wir waren ehrlich gesagt überrascht, was für einen großen Wirbel die Exmatrikulation dieser relativ kleinen Gruppe von Studierenden nach sich gezogen hat. Letztendlich haben wir in den vergangenen zwei bis vier Jahren alles an Beratungsmöglichkeiten, persönlichen Terminen und Möglichkeiten zum Wechsel des Studiengangs ausgeschöpft. Von anfangs 1.600 betroffenen Studierenden haben ja schließlich ungefähr 1.570 diese Angebote wahrgenommen und sind entweder in ihren ursprünglichen Studiengängen rechtzeitig fertig geworden oder gewechselt. Was übrig blieb sind diese 32. Die waren nicht wechselwillig und haben auch nicht die

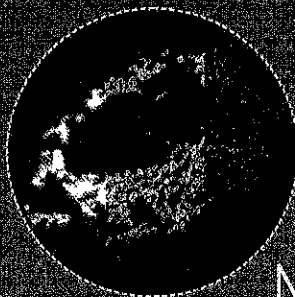
Das inverse Mikroskop für die moderne Lebendzell-Mikroskopie

# Eclipse Ti

auch mit Super Resolution



N-SIM



N-STORM



Tel. +49 211 94 14 214  
mikroskope@nikon.de  
www.nikoninstruments.eu

Nikon's Beitrag für „Industry on Campus“  
www.nikonimagingcenters.com

Nikon  
IMAGING CENTER

UNIVERSITÄT  
HEIDELBERG



Chance genutzt, die fehlenden Scheine für das Grundstudium noch auf den letzten Drücker zu machen. Dabei war für sie ohnehin schon das Doppelte der Regelstudienzeit angesetzt, das heißt sie hatten die Möglichkeit das Grundstudium in acht Semestern abzuschließen und dann in noch einmal acht Semestern das Hauptstudium.

#### Hätten Sie noch mehr tun können?

Wir haben alle Möglichkeiten ausgeschöpft, haben die Entscheidung sogar noch vom Ministerium rechtlich prüfen lassen. Wenn man sich auf den Gesetzestext stützt, gab es keine andere Möglichkeit.

Natürlich ist es so, dass man immer auch den Einzelfall prüfen sollte – was wir auch getan haben. Aber wenn jemand schon für das Grundstudium 16 Semester braucht, ist es doch fast schon eine Fürsorgeverpflichtung der Universität ihn darauf hinzuweisen, dass es vielleicht sinnvoll wäre, einmal über das Studium nachzudenken. Wir teilen nämlich nicht die Meinung, dass man direkt vom Studium in die Rente gehen sollte. Das Grundproblem in unserem Fall ist wohl, dass derjenige, der sich jetzt beschwert hat, parteipolitisch sehr aktiv ist. Das hat die Diskussion sehr politisch gemacht. Außerdem wurde der Sachverhalt mit der grundsätzlichen Debatte Bachelor- und Mastereinführung verknüpft. Allerdings ist es auch so, dass diese Diskussion an der Hochschule selbst und unter den Studierenden fast überhaupt nicht wahrgenommen wird.

#### Sehen Sie noch einmal Probleme auf sich zukommen, wenn die Regelungen für den Abschluss in den "alten" Studiengängen auslaufen?

Eigentlich nicht. Die ehemals 1.600 Betroffenen sind ja zum Großteil gewechselt oder zügig dabei, ihren Abschluss in der doppelten Regelstudienzeit zu schaffen. Was ja doch sehr großzügig ausgelegt ist. Wir machen uns also keine Gedanken, dass es noch einmal so ein Aufheben gibt. Wir waren ja schon überrascht von der Reichweite dieser Diskussion, weil sie unserem Brachten nach nicht angemessen ist.

## Statement der Studenteninitiative fzs zum Vorfall in Köln:

### Das Versagen von Hochschulen und Politik im Kampf um Bildungsrecht und höhere Abschlussquoten.

Nachdem in den vergangenen Wochen Zwangsexmatrikulationen an der Universität zu Köln für Aufsehen sorgten, sich zahlreiche Studierende aus anderen Bundesländern meldeten und bereits einige Bundestagsfraktionen Stellung bezogen haben, ist das Problem weiterhin nicht geklärt.

Durch die Umstellung der Studienstruktur auf das Bachelor-/Mastersystem drohen zehntausenden Studierenden große Nachteile im Studienablauf. Die Befürworter der Zwangsmaßnahmen rechtfertigen diese Mittel auf unterschiedliche Weise.

Angesichts des Studierendenansturms in den kommenden Semestern könnten Langzeitstudierende ja nicht einfach Studienplätze blockieren. Außerdem würden sie sich BAföG erschleichen, nur zu Studierendentarifen Bus und Bahn fahren wollen, Steuergelder verschwenden oder "mit Gleichgesinnten in muffigen Gremien" der Universität sitzen. Obwohl diese Argumente stichhaltig scheinen, halten sie einer genaueren Betrachtung nicht stand und zeugen sowohl von einer Fehlwahrnehmung der momentanen Studiensituation, als auch von einer Unwissenheit der hochschulpolitischen Rahmenbedingungen im Allgemeinen.

Laut der Studierendenstatistik der Hochschulrektorenkonferenz studieren deutlich mehr als 500.000 Menschen noch in der alten Studienstruktur. Für viele dieser Diplom- und Magisterstudierenden ist die Alternative zur Zwangsexmatrikulation der Wechsel in die Bachelorstudiengänge. Oft werden dabei viele ihrer bereits erbrachten Leistungen aufgrund bürokratischer Hürden nicht anerkannt, sodass sie mehrere Jahre ihres Studiums wiederholen müssen. Dieses Schicksal trifft hauptsächlich Studierende, die durch soziale Benachteiligung, gesellschaftliches Engagement, Kinderbetreuung, die Pflege von Angehörigen oder chronische Krankheiten ein verlängertes



Erik Marquardt (23), studiert im 7. Semester Chemie an der TU Berlin. Er engagiert sich im fzs und hat uns in diesem Zusammenhang ein Statement zu den Zwangsexmatrikulationen gegeben.

Studium kaum vermeiden können. Diesen Argumenten wird jedoch in der Diskussion wenig Raum geschenkt. Ebenso wird bei den Entscheidungen nicht betrachtet, dass Langzeitstudierende sich kein BAföG erschleichen können, weil sie nur in der Regelstudienzeit eine Förderung bekommen und dass die eigentliche Verschwendung von Steuergeldern erst dann stattfindet, wenn bereits absolvierte Kurse wiederholt werden müssen. Weiterhin wird nicht verstanden, dass das ehrenamtliche Engagement in den Gremien der Hochschulen für die Interessenvertretung der Statusgruppen und demokratische Grundsätze essenziell ist. Würde es den Studierenden nur um das Semesterticket gehen, könnten sie auch in die Bachelorstudiengänge wechseln. Falls sie jedoch genau das machen, hätten zahlreiche neue Studierwillige noch weniger Chancen ein Studium zu beginnen, weil die Plätze dann schon besetzt sind. Laut der Berechnung der Kapazitäten von Hochschulen ist nicht die Zahl der immatrikulierten Studierenden maßgeblich, sondern Anzahl der Studierenden im jeweiligen Fachsemester. Durch Exmatrikulationen, oder wenn ein Wechsel von hohen in niedrige Fachsemester erzwungen wird, werden also nicht nur Studienplätze blockiert, Einzelinteressen übergangen, ehrenamtliches Engagement konterkariert und die soziale Spaltung der Gesellschaft forciert, sondern auch Steuergelder verschwendet.

Der fzs als Dachverband der Studierendenschaften spricht sich aus diesen Gründen gegen die Zwangsexmatrikulationen aus.

Erik Marquardt, fzs (freier Zusammenschluss von studentInnenschaften)